

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witzenstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Beckstraße 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Orlisland,
in Breslau bei Emil Habath.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Nr. 145.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat März nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 18 Sgr. 2 Pf., sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributeure zum Betrage von 15 Sgr. an. Bestellungen bitten gefäll. bald zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 25. Febr. Der König hat dem App.-Ger.-Rath Springmühl in Breslau die erbetene Dienstentlassung mit Pension, unter Verleihung des Charakters als Geh. Justiz-Rath ertheilt.

Die Enzyklika und die katholischen Staatsbeamten in Preußen.

Wird die päpstliche Enzyklika vom 5. Februar in den preußischen Diözesen weder hirtenamtlich verkündet, noch auch nur zur Grundlage von bischöflichen Instruktionen an den Selforge-Klerus gemacht, dann bleibt dieselbe einfach ein Schlag ins Wasser, und ihr Erfolg ist, daß sie für den kirchen-politischen Kampf um unsere Maigesetze unmittelbar durch sie nichts ändert, wenigstens zu allernächst nicht. Es entsteht dann wahrscheinlich ein zunächst unter dem Schleier des Geheimnisses verlaufender Kampf zwischen unserem preußischen Episcopat und der römischen Curie, dessen Ergebnis schließlich nur ein der Herstellung des kirchen-politischen Friedens günstiges sein kann. Entscheidet sich aber der preußische Episcopat für die gehorsame, ernstliche Gestundmachung der Enzyklika im Bereich ihrer eigenen bischöflichen Jurisdicition, — dann freilich wird der kirchenpolitische Kampf alsbald auch für die katholische Laienwelt ganz anders acut, als er bisher war, und namentlich tritt dann an die katholischen Staatsbeamten in Preußen eine Notwendigkeit der Entscheidung und der Stellungnahme heran, die Manchem unter ihnen recht unbedeckt werden mag! Die „König. Bzg.“ macht auf diesen Umstand aufmerksam und schreibt:

Bis jetzt haben die katholischen Staatsbeamten es mittler im kirchenpolitischen Kampfe noch immer recht bequem gehabt. Sie und die überwiegende Mehrheit der gebildeten Katholiken sind ganz ruhig bei den süßen Gewohnheiten ihres kirchlichen Lebens geblieben, ohne um die vatikanischen Dekrete vom 18. Juli 1870 sich im mindesten ernstlich zu kümmern, und ihre Bischöfe haben ihnen weislich durch die Finger. Wir haben um uns her den Gang der Dinge beobachtet. Damals, als die deutschen Bischöfe im Konzil den Bemühungen der Jesuiten und des von diesen gewonnenen armen Pius IX. widerstanden, wurden Namen der Unterzeichner veröffentlicht, in welchen die Uebetragung der „Unfehlbarkeit“ von der Kirche auf den Papst als durchaus widerrechtlich bezeichnet wurde. Nachdem dann im Herbst 1870 die Bischöfe sich unterworfen hatten, sollten auf ihren Befehl die Unterzeichner unter Strafe der Ausschließung von den Sakramenten. In Folge dessen bildete sich z. B. auch am Rhein, ein Stamm ausgediebener „Altkatoliken“, während dagegen anderswo, z. B. in der Diözese Rottenburg, wo der Bischof Hefele zwar für sich selbst eine halbe Unterwerfung vollauf, aber in der Selbstsorge die heimlichen Altkatoliken von Anfang an völlig unbeküsstig ließ, auscheidende Altkatoliken gar nicht aufraten. Nichts ist falscher, als wenn die ultramontane Presse das Zahlverhältnis der Infallibilisten und Anti-Infallibilisten bemessen lassen will nach dem Verhältnis der unter ihnen alten Bischöfen verbliebenen und der zum Bischof Reinkens ausgeschiedenen. Wer die tatsächliche Lage einiger Maßen kennt, der weiß, daß die ausgeschiedenen Anti-Infallibilisten bis heute nur erst einen geringen Procentsatz der nichtausgeschiedenen bilden. Diese nichtausgeschiedenen Anti-Infallibilisten kamen ganz munter im sogenannten „Kulturmampf“, z. B. bei den staatlichen und städtischen Wahlen gegen das ultramontane Zentrum und die klerikale Partei überhaupt, ohne dadurch bisher in Bezug auf die Sakramente u. dgl. behindert zu werden. Sie thun auch als Staatsbeamte nach ihrem „altkatholischen“ Gewissen, wenn sie als Richter beauftragt werden, die Maigesetze Briefer und selbst Bischöfe verurtheilen, und als Landräthe und als Polizei-Kommissare denselben sanftes „Gewalt“ an, um ihnen in die Drohße nach dem Gefängnis zu helfen. Das geht bis jetzt glatt ab; die altkatholischen Gewissen nötigen die Beamten nicht zur Selbstanklage, und die Reichtätige haben bisher, wie es scheint, keine Instruktion, diesem Verhalten entgegenzutreten. Ja, selbst die Ultramontanen wissen sich zu helfen. Selbst Bischöfe legten die vatikanischen Dekrete beschränkt aus und gerieten in Streit mit den Jesuiten, wie Bischof v. Ketteler mit der australischen Korrespondenz. Das aber wird sich für die preußischen Staatsbeamten gänzlich ändern, sobald die Bischöfe mit der Bekündigung und Befolgung der Enzyklika vom 5. Februar wirklich Ernst machen und so auch hinsichtlich der Auslegung der vatikanischen Beschlüsse den Jesuiten sich unterwerfen sollten.

Die Enzyklika nimmt in Bezug auf die Maigesetze einen ganz anderen Standpunkt ein, als bisher selbst das Zentrum. Noch vor wenigen Tagen sprach der Abgeordnete Neichenperger davon, daß die ultramontane Partei die Maigesetze im Allgemeinen als staatlich geltende Gesetze „anerkennen“, wenn auch nur als solche, welche materiell zu befolgen den Betroffenen Gott und ihr Gewissen verbiete, weshalb sie denn um des Gewissens willen die Straffolgen ohne Widerstand auf sich nehmen. Diese Auffassung ist, wenn wir so sagen dürfen: ehrlich „altkatholisch“. Ihr liegt die Anerkennung der gleichen Unabhängigkeit des geistlichen und des weltlichen Schwertes zum Grunde. Das in bestimmten Beziehungen unzureichende Staatsgesetz, das zu verbleiben für ein bestimmtes Individuum kirchliche Pflicht ist, hört darum nicht auf, doch Staatsgesetz zu bleiben, bis es gelungen, seine Änderung auf verfassungsmäßigem Wege herbeizuführen, und muss also auch zur Aufrechterhaltung der gottgewollten Staatsordnung von

den Richtern und Verwaltungsbeamten, auch katholischen, in diesem Sinne so lange angewendet werden. So die bisherige Theorie des Zentrums, zu der selbst der Bischof von Mainz sich zu bekennen schien. Das ist an sich eine ganz würdige Auffassung; man kann dabei mit allen Ehren auf alle Eventualitäten hin katholischer Ober-Tribunalstrafe und auch katholischer Polizei-Kommissar bleiben. Aber diese Vorstellung ist im letzten Grunde anti-ultramontan; sie verstößt direkt gegen die Unfehlbarkeit von Bonifaz VIII und Pius IX. Jetzt ist die Enzyklika vom 5. Februar gekommen und verkündet, in Anwendung des echten ultramontanen Prinzips, — daß die preußischen Maigesetze nach allen Seiten null und nichtig sind, und daß ihre Anwendung nicht Uebung der Strafrechtspflege, sondern Vollführung göttlicher Gewalt wider die Kirche ist. Wenn nun die preußischen Bischöfe diese Enzyklika hirtenamtlich verkünden, oder wenn preußische Staatsbeamte sonst von derselben zustimmend Kenntnis nehmen — wie dann? Kann auch bei solcher offenen oder stillschweigenden Zustimmung ein Katholik in Preußen als Beamter noch die Hand leihen, um die päpstlich verurteilten Maigesetze ausführen zu helfen? Wir sollten meinen — mit Ehren nicht!

Aber allenfalls wohl mit Unebenen; dazu hat die lateine Jesuiten-Moral Rath geschafft. Wenn der Beamte nicht weiß, wie er Frau und Kinder ernähren soll, wenn er sich der Anwendung der Gesetze weigert, so soll er, so weit der gerechtfertigte Zweck, seinen bürgerlichen Nutzen abzuwehren, dies den Umständen nach durchaus erforderlich macht, dienend und gleichsam ohne freie Einwilligung zur Vollziehung der göttlichen Gesetze mitwirken dürfen; es ist das dann für ihn nur eine um der menschlichen Schwäche willen vererbliche mindere Vollkommenheit des Verhaltens. Diese lateine Kasuistik mag für ein belangloses ultramontanes Sergeant-Gewissen eine Linderung bieten; allein für einen höheren Beamten, für einen gebildeten Mann verträgt sich eine solche Ausrede weder mit der inneren, noch mit der äußeren Ehre. Ein solcher Staatsbeamter kann weder vor sich, noch vor Anderen gestehen: ich thue um des lieben Brodes willen, was ich abgeschen von diesem Motiv nimmer thun dürfte, was in der Sache selbst jeder sittlichen Berechtigung entbehrt und in sich nichts als „gottlose Gewalt“ ist.

Die katholischen Staatsbeamten in Preußen, auch selbst im Zentrum, mögen sich nun rechtzeitig klar machen, welche Lage die Enzyklika ihnen bereitet und welche Haltung sie derselben gegenüber einnehmen wollen. Der summe „Staatstheolosismus“ wird sich der Bekündigung der Enzyklika gegenüber wohl kaum noch lange durchführen lassen, wenigstens nicht mit unverlegerter Ehre. Verkünden die Bischöfe die Enzyklika amtlich, so bleibt nur noch zwischen der Amts-niederlegung und der offenen Verwerfung der vatikanischen Lehre die Wahl; verkünden die Bischöfe sie nicht, so berührt die Enzyklika die katholischen Beamten nur dann nicht unmittelbar, wenn sie mindestens in so weit die altkatholische Auffassung festhalten, daß sie die Bekündigung durch den ordentlichen Bischof für eine Bedingung der Gültigkeit der Enzyklika für die betreffende Diözese erklären.

In einem maklos boshaften Artikel, überschrieben „Zur Bismarckfrankheit der Nationalliberalen“ liefert die „Germania“ folgende Skizze:

Der Herr Reichskanzler pflegt sein Nachtlager vor 12 Uhr Mittags nicht zu verlassen, um sich von derjenigen Arbeit zu erholen, die er Tags zuvor nicht gethan hat. Infofern die Jugend mehr als das Alter im Stande ist, einer solchen Lebensart zu folgen, dürfte sie im vorliegenden Falle als ein willkommenes Zeichen von Jugendlichkeit betrachtet werden. Wenn wir von einer Arbeit sprechen, welche der Herr Reichskanzler nicht gethan hat, so verstehen wir darunter dieselbe Gattung von amtlicher Arbeit, gegen die derselbe eine unüberwindliche Abneigung hat, d. h. diejenige, womit ein Durchleben volkswidriger Altersstücke oder längerer Berichte, ein Studium verwidelter Fragen, eine Prüfung und Widerlegung von gründlich vorgetragenen Einwendungen kompetenter Instanzen verbunden ist. Wir bemerken übrigens, daß er der Abneigung gegen lange Berichte ebenso sehr als der Neigung für länges Bettliegen von jeher gebüldigt hat, und daß dies deshalb nicht als ein Zeichen von Alterschwäche anzusehen ist. Gewisse Dienstgeschäfte erregen seine üble Laune bis zu dem Grade, daß alle Beamten selbst in den dringendsten Fällen eine große Scheu davor haben, ihn mit solchen Fragen zu belästigen. Hingegen gibt es eine leichtere Gattung von Arbeit, der er sich mit Vorliebe widmet, und dies ist die Bearbeitung der Presse und zwar nicht nur der preußischen und deutschen, sondern auch der gesamten europäischen und sogar der außereuropäischen Presse. Wir gestehen, daß er seine Zeit auf diese Weise am nützlichsten verwendet, da das dauernde Ansehen eines „großen“ Mannes durch die dauernde Gunst der öffentlichen Meinung bedingt wird. Unter jener Bearbeitung der Presse verstehen wir die fiktive Verbesserung derselben, welche einerseits mit Hilfe des Reptilienfonds, andernteils durch geistliche Verfolgung und Bestrafung der unverbesserlichen Organe („Germania“, Frankfurter Zeitung etc.) hergestellt wird.

Wir können den Verehrern des Herrn Reichskanzlers die beruhigende Versicherung ertheilen, daß er sich augenblicklich einer durchaus zufriedenstellenden Gesundheit erfreut. Nur über Eins klagt er, und zwar mit Recht, nämlich darüber, daß er narkotische Genüsse (Wein, Cigaretten etc.) nicht mehr in demselben Maße verträgt, wie früher. Wir bedauern dies aufrichtig, betrachten es indessen nicht als ein absolutes Hindernis für die Erledigung der Geschäfte.

Schließlich sucht das Jesuitenblatt die Bismarckfrage als eine Komödie hinzustellen, dazu bestimmt, die kollegialische Form des Staatsministeriums in eine Zentralinstanz mit einheitlicher Spitze umzuwandeln und dadurch alle Diskussion zu beseitigen. Die „Germania“ mag zufrieden sein, denn das deutsche Volk wird sich keinen unfehlbaren Papst schaffen!

Deutschland.

△ Berlin, 25. Februar. Die Besprechungen der Presse über das päpstliche Rundschreiben bezeugen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland völlig darüber zur Klarheit gekommen ist, wie es sich bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen der weltlichen Macht und dem katholischen Kirchenregiment um zwei Lebensfragen handelt: um eine Macht- und um eine Kulturfrage. Wenn das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche sich für berufen erachtet, die in Deutschland gegebenen Gesetze für ungültig zu erklären und die Mitglieder der Kirche zur Ablehnung gegen die Staats-Autorität zu verpflichten, so nimmt es für sich die Souveränität in

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Panke & Co.,
Hausenstein & Vogler, —
Karl Moes.

In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Waldfeldan.“

Innerate 20 Pf. die sechsgesetzte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875

Sonnabend, 27. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Deutschland in Anspruch. Gleichzeitig aber handelt es sich um die Kulturentwicklung der Völker. Wenn die päpstliche Autorität, welche ihr Programm im Syllabus und in den vatikanischen Dekreten sowie in der neuesten Encyclica niedergelegt hat, die staatlichen Einrichtungen von sich abhängig machen will, so liegt es auf der Hand, daß die Entwicklung nationalen Lebens in eine rückgängige Bewegung hineingedrängt werden soll, welche uns allmählig in die finstere Zeit des Mittelalters führen würde. Wäre es denkbar, daß dieses System jemals zum Siege gelangte, so wäre der gesamte Lebendentwicklung der Nation und zugleich den Grundlagen aller menschlichen und christlichen Kultur der Todesstoß gegeben. Zu einer konkreten Bedeutung dieser Wahrheit dient der Fall, welcher jüngst in Paderborn zur Entscheidung gelangt ist. Ein dortiger katholischer Kaplan hatte mit der minderjährigen Tochter eines Kaufmanns, welche zu ihm in den Unterricht kam, seit längerer Zeit Unzucht getrieben und sie geschwängert. Die Sache kam zunächst nur zur Klage beim bischöflichen Offiziatur, welches dem Kaplan nur 14-tägige Exzesse als Strafe auferlegte. Der Vater des Mädchens hierüber entrüstet, machte nun mehr bei der Staatsanwaltschaft Anzeige, welche die sofortige Verhaftung des Kaplans veranlaßte. Der Kaplan bot eine hohe Haftsumme für die vorläufige Entlassung. Diese wurde jedoch abgelehnt, weil die Vermuthung begründet erschien, daß man, um größeres Vergnügen zu vermeiden, den Schuldigen fortzuschaffen wolle. Jetzt ist derselbe vom Schwurgericht zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Das Urteil und die Sittenstreng der geistlichen Disziplin erhalten durch den Fall gleichzeitig eine bemerkenswerte Illustration. Man sieht, wie weit ab die Bestrebungen der geistlichen Macht liegen von den Grundlagen staatlichen Rechts und städtischer Ordnung. — Zu den Plänen, welche für das Reichstagsschäude in Aussicht genommen waren, gehörte natürlich auch das Terrain der früheren Porzellan-Manufaktur. Von der Benutzung dieser Baustelle ist bei den neuen Verhandlungen über das Reichstagsgebäude Abstand genommen worden, dagegen ist der Plan wieder in den Vordergrund getreten, die Gewerbe-Akademie an dieser Stelle zu errichten, und es schwelen darüber jetzt Verhandlungen zwischen den beteiligten Fessoren. Im Zusammenhang mit diesem Projekt steht der Plan eines Straßen durchbruchs zur Verbindung der Zimmerstraße bis zur Königgräzerstraße.

— Der Bundesrat hielt am 25. d. Mittags 1 Uhr eine Plenarsitzung unter dem Präsidium des Staatsministers Delbrück. Nach Feststellung der Protokolle der letzten Sitzungen wurde über das Gesetz betr. die gegen die Reblauskrankeit zu ergreifenden Maßregeln verhandelt und, in Folge der bereits erwähnten Verhandlungen mit den widerstreitenden Staaten der Entwurf in vollem Umfange in der vom Reichstage beschlossenen Fassung angenommen. Ferner beschloß der Bundesrat demnächst eine Bekanntmachung zu erlassen, wodurch das Verbot der ½- und ¼ Thalerstücke (also Bier- und Achtkronenstücke) polnischen Gepräge ausgesprochen wurde. Die Münzen, welche in Nordeutschland und namentlich in Preußen seit längerer Zeit aus dem Verkehr geschwunden sind, zirkulieren in anderen Theilen des Reiches, namentlich am Rhein und in Baden vielsach. Es ist daher schon vor längerer Zeit das ausdrückliche Verbot durch den badischen Bevollmächtigten angeregt und jetzt förmlich beschlossen worden. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten erklärte der Vorsitzende die gegenwärtige Session des Bundesrates für geschlossen. Bisher erfolgte der Sessionsschluss stets mit dem Ablauf des Jahres; es mußte aber diesmal von dem Herkommen Abstand genommen und eine Reihe von schwedenden Angelegenheiten in das neue Jahr hinaüber genommen werden, weil der Reichstag bis zu Ende des Januar währt. Zur Zeit ist mit Bestimmtheit der Termin der neuen Session noch nicht anzugeben, es dürfte indessen keinenfalls eine Biederaufnahme der Arbeiten vor Ende Mai oder Anfang Juni erfolgen, damit ist dann auch eine Neuwahl der Ausschüsse verbunden. Jedenfalls sollen alle Vorbereitungen so getroffen werden, daß der Reichstag so früh wie möglich im Herbst berufen und vor Ablauf des Jahres geschlossen werden kann.

— Gegenüber mehrfach im Publikum aufgetretenen Zweifeln macht der „St. Anz.“ darauf aufmerksam, daß unter die nach Nr. 1 der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1874 von einem Umlaufsverbot betroffenen „Münzen des Konventionsfußes österreichischen Gepräges“ die österreichischen Vereinsthaler nicht fallen. Die österreichischen Münzen des Konventionsfußes sind diejenigen Münzen, welche Österreich vor dem Münzvertrag vom 24. Januar 1857 nach dem Verhältnis von zwanzig Gulden auf die Mark sein Silbers ausgeprägt hat. — Die auf Grund der Bestimmung im Artikel 8 jenes Münzvertrages in Österreich ausgeprägten Vereinsthaler gehören nicht dem durch diesen Vertrag abgeschafften Konventionsfuß, sondern dem Fünf- und vierziggulden- bzw. Dreißigguldenfuß an und sind nicht nur nicht verboten, sondern nach dem Reichsgesetz vom 20. April 1874 im gesamten Reichsgebiet an Stelle aller Reichsmünzen und bei allen Zahlungen zum Wert von drei Mark für das Vereins-Einhalerstück angenommen.

— In dem Befinden des Abg. Dr. Lasker war bis gestern Mittag keine Veränderung zum Schlimmeren eingetreten. Trotzdem läßt sich, wie die „Worrd. Allg. Z.“ von kompetenter Seite hört, bei der Natur der Krankheit mit Sicherheit der glückliche Ausgang derselben leider zur Zeit noch nicht bestimmen. — Die „Berl. Pr.“ schreibt:

Vom Fürsten Bismarck wird uns erzählt, daß er an der Krankheit Lasker's den innigsten Anteil nimmt und wiederholt in seiner Umgebung Nachrichten über das Befinden derselben einzog, ebenso, daß an den augenblicklichen Zustand Lasker's sich im fürstlichen Hause jetzt

vielfach Unterhaltungen knüpfen, die die politische Bedeutung dieses Abgeordneten betreffen. Wie der Kanzler über eine der kräftigsten Stützen denkt, die ihm für seine Zwecke an Lasker geworden ist, ebenso wie über die geistige Begabung derselben, braucht nicht weiter gesagt zu werden. Das hält den Kanzler nicht ab — wie aus Ausführungen der letzten Tage hervorgeht — gerade in Lasker den eigentlichen Himmel aller Konflikte zu sezen, in die er in der neuen Aero seit 1866 mit seinen Anhängern par excellence im Parlament gerathen ist und die zwar regelmäßig mit Verschwörung geendet haben, die aber, um mit dem Fürsten zu sprechen, „gräfe der Lasker hält vermeiden können und sollen, wenn er weniger abstrakt und mehr praktisch wäre“ (wörtlich). Der Kanzler hat erst ganz fürstlich nach seiner Umgebung gegenüber an den Tag erinnert, wo Lasker in longer Rede seinen Antrag wegen Majunke's Verhaftung (es war bekanntlich kurz vor Weihnachten) motivirte. Der Fürst hat damals verschiedene wichtige lange Altersstücke in der Sitzung durchzuhören und zu unterschreiben. Er war damit die anderthalb Stunden beschäftigt, während welcher Lasker sprach. Wie er jetzt erzählt, hätte er, da natürlich sein Ober bei Lasker war, während er von den Schriftstücken nicht aufschaut, „nicht bloss aus der Haut fahren mögen, sondern vom Sitz auffringen, fortlaufen und bei Majestät seine Entlassung einreichen“ (wieder wörtlich). Nur um die Sache weniger auffallend zu machen, habe er den Schluss der Rede abgewartet.

Das oben zitierte Blatt fügt hinzu: So unser Gewährsmann, und da wir ihm Vertrauen schenken können, so wollen wir unseren Lesern auch die folgende Ausführung Bismarck's nicht vorenthalten: „Lasker und ich verhalten uns polarisch zu einander, nur daß die gegenseitige Anziehung größer ist, als die Abstossung; immerhin ist die Repulsion da, das liegt an der totalen Verschiedenheit des Grundes unserer politischen Entwicklung.“

Der Kaiser hat, wie dem „W. B. Bl.“ gemeldet wird, zu den Baukosten der zu Freudenberg (Kr. Siegen) in der Ausführung begriffenen katholischen Kirche ein Gnadengebot von 1000 Thlr. bewilligt. — Dem Kaiser ist von Seiten der Stadt Danzig ein Album, bestehend in schönen photographischen Abbildungen der Räume des Franziskanerklosters überreicht worden, bei welcher Gelegenheit die Bitte ausgesprochen wurde, der Kaiser möge durch ein Gedenkblatt von Hypsabordinen der berühmten Antiken des Berliner Museums das dort bereichern und auf dieser Weise die Stadt bei der würdigen Ausstattung der Räume des Franziskanerklosters unterstützen. Dieser Bitte scheint Allerböchtesten Orliz willfahrt werden zu sollen, denn der Magistrat von Danzig ist aufgefordert worden, die bezüglichen Bünse näher zu präzisieren und die Kosten, welche die Realisierung derselben erfordern würde, ungefähr zu veranschlagen.

Die zeugeneidliche Vernehmung eines katholischen Geistlichen vor Gericht wird nach einem Beschuß des Obertribunals vom 12. Februar c. nicht nur durch den Umstand ausgeschlossen, daß die Zeugenaussage für den Geistlichen die große Exkommunikation zur Folge haben würde. — Der neu eintretende Gesellschafter eines bereits bestehenden, von dem bisherigen alleinigen Inhaber veräußerten Schantengewerbes, welcher diesen Betrieb des Gewerbes ohne polizeiliche Genehmigung und ohne Anzeige an die zuständige Steuerbehörde beginnt, ist, nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 27. Januar c., mit der schwersten Strafe, insoweber wegen Gewerbe-Polizei-Kontravention (§ 147. I der Reichs-Gew.-Ges.) oder wegen Gewerbesteuern-Kontravention (§§. 19. 39 des Gew.-Ges.).

Marienwerder, 24. Februar. Wie die „Westpr. Mitth.“ berichten, ist nun Allerböchtesten Orliz der bisherige Lippe-Detmold'sche Staatsminister, v. Flottwell, bekanntlich ein Sohn des früheren Staatsministers und Oberpräsidenten v. Flottwell, zum königl. Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Marienwerder ernannt worden.

Limburg, 23. Februar. Am 19. d. erschien der höchste Kreisgerichtsrat im bishöflichen Hause, um die dem Bischof für die maßgebendste Aufstellung des Pr. Hartl als Kaplan an der Liebfrauenkirche zu Frankfurt a. M. vom Kreisgerichte dahin zuverlässige Geldstrafe von 400 Thalern zu erheben. Da der Bischof die Bohlung verweigerte, so wurde das goldene Brustkreuz, welches derselbe bei Gelegenheit seines Regierungs-Jubiläums von der Diözesan-Geistlichkeit zum Geschenke erhalten hatte, gerichtlich geplündert und dasselbe wird demnächst öffentlich versteigert werden.

(R. B.)

Kassel, 23. Februar. Gestern Abend ist die Fürstin Gertrude von Hanau aus Prag in Kassel eingetroffen, um das Grab ihres Gemahls, des vorhinigen Kurfürsten, zu besuchen. Sie stieg bereits auf Station Wilhelmshöhe aus, von wo sie ihr Wirth, der Oberst a. D. Hecht, abholte. Heute Vormittag besuchte sie in Begleitung mehrerer ihrer Söhne, sowie der Prinzessin Marie, das mit frischen Kränzen reich geschmückte Grab und verweilte dorfselbst, reiche Thrä-

nen vergießend, einige Minuten. Auf und vor dem Friedhofe hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden.

Fulda, 25. Februar. Dienstag, den 9. März, steht vor der Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts Termin in Sachen des „offenen Briefes“, welchen Freiherr v. Korff an den Seminardirektor Schröter gerichtet hat. Die Klage lautet auf „Beleidigung bzw. Verleumdung“ des Hen. Schröter. Wie die „Fuld. Blt.“ vernimmt, wird auch Sr. Schröter im Termine persönlich auftreten.

Düsseldorf, 20. Februar. Die Abseufungen von geistlichen Lokalschulinspektoren sind, wie die „Elber. Blt.“ schreibt, noch niemals so zahlreich erfolgt, als in den letzten Wochen. Der Grund ist fast überall die Weigerung der betreffenden Herren, das Verbot des Schumacher'schen „Kerns der biblischen Geschichten“ zur Ausführung zu bringen. Auf Weisung des Generalvikariats haben die geistlichen Inspektoren auf die betreffende Verfügung geantwortet, daß, wie das beständige Buch durch die kirchliche Behörde in den Schulen eingeführt worden sei, es jetzt auch ohne die vorher eingeholtie Zustimmung derselben daraus entfernt werden könnte.

Köln, 23. Februar. Auch die ultramontane „Kölner Volkszeitung“ ist der Beschlagnahme wegen Mittheilung der päpstlichen Enzyklika vom 5. Februar nicht entgangen. Das Blatt erinnert bei Niedrigung dieser Nachricht daran, daß das Landgericht die „Kölner Volkszeitung“, welche wegen Abdruks der Weihnachts-Allocution von 1872 in Anklage versetzt war, freigesprochen hatte.

Österreich.

Wien, 26. Februar. Der Prozeß Osenheim ist plötzlich durch eine Katastrophe unterbrochen worden, die Anfangs nur ein dramatisches Interesse zu beanspruchen schien, nach genaueren Ermittlungen aber wegen ihrer unzähligen Entstehungsursachen eine weit größere Bedeutung hat und ein sehr frappantes Licht auf die österreichischen Rechtszustände wirft. Bekanntlich wurde der Präsident des Schwurgerichtshofes, Baron v. Wittmann, unmittelbar vor der Beendigung der Verhandlungen inmitten des von ihm erstatteten Schlufsfazius' plötzlich von einer schlagähnlichen Ohnmacht befallen, so daß er aus dem Sitzungssaal hinausgetragen werden mußte. An diesen Anfall, der im wiener Publikum große Aufregung verursachte, schloß sich ein mehrtagiges Krankenlager, von dem Herr v. Wittmann sich noch bis heute nicht wieder erhoben hat. Sowit war die Sache nur geeignet, die öffentliche Theinahme nur hervorzuheben und den Mann zu bedauern, der mit seltemem Eifer und übermäßiger Anstrengung den ungeheuren Stoff dieses Gerichtsdramas zu bewältigen gesucht hatte und in letzter Stunde unter der sieben Wochen langen Aufreibung zusammenbrach. Der Vorfall hat indeß keinen bloß physischen, sondern, wie sich inzwischen herausgestellt, einen viel tieferen Entstehungsgrund. Bereits vor einiger Zeit erschien in der „Allgemeinen Zeitung“ in Augsburg, deren öffiziös-österreichische Verbindungen bekannt sind, ein Artikel, in welchem gegen den Präidenten im Prozeß Osenheim mit dünnen Worten der Vorwurf allzugroßer Nachsicht gegen den Angeklagten erhoben wurde. Der erkennbare Ursprung dieses Artikels hatte zur Folge, daß auch andere offiziös österreichische Blätter sich des Themas bemächtigten und ohne Scheu zu verstehen gaben, daß die Art und Weise, in welcher Herr v. Wittmann den Vorsitz führe, in höheren Kreisen keine Billigung finde. Um nun dies Maß von Beeinflussung voll zu machen, erhielt der Präsident am letzten Verhandlungstage ein Schreiben von dem Chef des Obergerichts Fr. v. Hein, in welchem der gleiche Tadel auf amtlichem Wege wiederholt und auf die dem Angeklagten und dessen Vertheidiger gewährten ungebührlichen Freiheiten hingewiesen wurde. Unter dem Eindruck dieses Schreibens sollte Präsident Wittmann sein Refuse den Geschworenen auf den Weg in das Verhandlungszimmer mitgeben, unter diesem Eindruck ein Mittel finden, welches die Objektivität der Verhandlungen wahrte und doch auch erkennen ließ, daß die Rüge des Vorgesetzten nicht unbeachtet geblieben war. In diesem Kampfe zwischen ehrlicher Überzeugung und materiellen Rücksichten auf seine Zukunft und seine Familie brach der Präsident vor Beendigung seines Vortrags zusammen, gleichsam ein Symbol des durch höhere Gewalt gebungten Rechtes, der tief verletzt, zu Tode getroffenen Faktz. Sobald diese Thatsachen bekannt wurden, erhob sich in Wien ein Sturm der Aufregung in allen Krei-

sen des Publikums. Der einzige Ort, von welchem aus eine Auflösung und Beruhigung ertheilt werden konnte, war das Abgeordnetenhaus. Man erwartete eine zufriedenstellende Erklärung des Justizministers, der, selbst wenn der rechtswidrige Vorgang auf Wahrheit beruhte, doch keinen Augenblick mit der Versicherung zurückhalten durfte, daß er dem gekränkten Rechte Sühne verschaffen und gegen den Obergerichtspräsidenten die Disziplinaruntersuchung einleiten lassen werde. Allein man sah sich getäuscht. Auf die Interpellation des Abgeordneten Fux; ob es wahr sei, daß der Chef des Obergerichts Fr. v. Hein jenes „Instruktions-, Mahn- und Rückschriften“ an den Baron Wittmann erlassen und was die Regierung in diesem Falle zu thun gedenke? erwiderte der Minister, daß er nicht in der Lage sei, die Interpellation zu beantworten, da der Prozeß sich noch in der Schwebe befindet. Die Rückfrage, welche der Chef der Justizverwaltung hier auf die Unabhängigkeit der Justiz nahm, war augenscheinlich sehr übel angebracht in einem Augenblick, wo eben diese Unabhängigkeit in Frage gestellt, ja der Versuch gemacht war, sie gänzlich zu vernichten.

Am nächstfolgenden Tage veröffentlichten einige wiener Blätter eine an sie gerichtete Zuschrift des Ober-Landesgerichts-Präsidenten von Hein, in welcher derselbe hervorhebt, sein Schreiben an den Baron von Wittmann sei ein vertrauliches Privatschreiben gewesen. Über den Inhalt dieses Schreibens wird von dem Präsidenten von Hein bemerkt, er habe von Wittmann darauf aufmerksam gemacht, daß die von der Vertheidigung Osenheim's versuchte Darstellung, als sei der Prozeß gegen Osenheim ein von dem Ministerium angestrengter Tendenzprozeß, zuletzt doch in der Behauptung gipfelt, daß die Gerichte sich zu Werkzeugen für einen unberechtigten Tendenzprozeß herabläßen, er habe deshalb v. Wittmann gebeten, gegenüber solchen, die Unabhängigkeit und das Ansehen der Gerichte schwer verlegenden Angriffen seine diskretionäre Gewalt zum Schutz der Gerichte zu gebrauchen. Hierin könne aber sicherlich kein Angriff auf die Stellung des Richterstandes gefunden werden.

Immerhin mußte Baron v. Wittmann in der hier von seinem dienstlichen Vorgesetzten ausgesprochenen Bitte einen Tadel seiner Haltung dem Vertheidiger Osenheim's gegenüber erblicken, da ihn ganz unzweideutig zu verstehen gegeben wurde, er habe „gegenüber den Angriffen seine diskretionäre Gewalt zum Schutz der Gerichte nicht, so wie es seine Pflicht gewesen wäre, gebraucht.“ — Den neuesten Mittheilungen zufolge hat sich der Gesundheitszustand des Baron Wittmann dermaßen gebessert, daß der Prozeß unter seinem Vorsitz am Sonnabend zu Ende geführt werden wird.

× Lemberg, 24. Febr. [Polnische Justiz.] Der bekannte Sensationsprozeß Nischajeff fand gestern ein interessantes Nachspiel in Lemberg. Der polnische Emigrant Stempowski wurde seinerzeit verdächtigt, den Führer der Nihilisten Nischajeff denunzirt und in Bürich den russischen Agenten ausgeliefert zu haben, weshalb er von einem aus Delegirten mehrerer polnischer Polenvereine Bürich zusammengezogenen Ehrengerichte zum Tode verurtheilt wurde. Mit der Urteilsvollziehung wurde der Emigrant Skrzynski betraut, welcher sich auch in der That Stempowski in Bern nähere und auf ihnd dreimal aus einem Revolver schoß, ohne ihn jedoch zu treffen. Skrzynski, der sich hierauf nach Galizien flüchtete, wurde auf die Anzeige Stempowskis ergriffen und wegen Verbrechens des versuchten Mordmordes angelaagt. In der Schwurgerichtsverhandlung, die gestern beim hiesigen Strafgerichte durchgeführt ward, wurde Skrzynski mit sieben gegen fünf Stimmen freigesprochen. Unsere Leser erwarten sich wohl, daß auch der Dominikaner P. Nowacki, welcher seinen Prior bestohlen und dies gar nicht zu leugnen versucht, von den Geschworenen in Lemberg freigesprochen wurde.

Frankreich.

Versailles, 22. Febr. [Nationalversammlung.] Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung kommt nun zunächst der Artikel 1 zur Diskussion. Derselbe lautet: Art. 1. Der Senat befiehlt aus 300 Mitgliedern; 225 werden von den Departements und den Kolonien und 75 von der National-Versammlung gewählt. Der Präsident kündigt an, daß Raoul Dubal (Bonapartist) ein Amendement

Scene war in Bezug auf die Leistung des Gastes unvergleichlich kalt und förmlich, mit der Wiene und dem Ton eines Kriminalkommissars trat der Baron bei Katharina ein. Niemand hätte in ihm den Kavalier wiedererkannt. Aber dieser Amtsstil war nicht von besonderer Dauerhaftigkeit. Plötzlich kam Ringelsterns Gefühl für Katharina zum Durchbruch — ein kurzer Kampf zwischen dem wirklichen „Baron“ und dem vermeintlichen „Batzdirektor“ in einer Person — und der Erstere trug den Sieg davon. Nicht minder trefflich wurde die weitere Entwicklung dieses Charakters dargestellt. Herr Mittell weiß auch die wärmeren Töne des Gefühls anzuschlagen, und diese verfehlten dann niemals ihre Wirkung. Voll und rund, bis in's Kleinste ausgearbeitet erschien auch diese Leistung des geschätzten Gastes, welche das Auditorium oft zu stürmischem Beifall fortrief. Leider war das letztere diesmal nicht allzu zahlreich versammelt, woran wohl die durchdringende Kälte jenes Abends die Schuld trug.

E.

Die Einweihung des neuen Posener Stadttheaters am 7. September 1875.

Kaum zehn Tage sind seit der Aufstellung des Leydenmonals verflossen und schon feiert Posen ein neues, noch glänzenderes Einweihungsfest, das Fest der Theatereröffnung. Auch heute gedenkt man Leib Ley's; verdankt die Stadt doch diesem Könige aller Ober-Bürgermeister ihre jetzige Blüthe. Er ist es gewesen, welcher die städtische Marmorpetrinum-Fabrik gegründet und durch den Erfolg aus dem kostbaren den verächtlichsten Stoffen entstammenden Kunstein der Stadt einen Jahresgewinn von 47 Millionen Mark verschafft hat. Seit dieser Zeit erhält jeder Bürger das Befreiungsschein des früheren Steuersatzes aus der Stadtkasse ausgezahlt. So blüht denn Posen vor allen Städten der Welt. So groß ist der Luxus, das selbst in einem bekannten unterirdischen Vergnügungsklokal Purpurteppiche Boden und Wände bedecken, Goldstuck das Deckengewölbe schmückt. Galonierte Bediente stehen am Fuße der Alsenidtreppe, um diejenigen, welche von Strolchen hinabgesfürst werden, saut zu empfangen. Die eben erwähnten Strolche retritieren sich aus der Klasse derjenigen, welche aus reichen Leuten zu einfachen Millionären geworden sind.

Es ist ein himmlisch schöner Septemberabend. Warm weht der

künstliche Südwind aus Bärenhals' Regulator*) durch die Straßen der Kunstwind, dem Posen ein Klima verdankt, welches dem von Rio nicht nachsteht. Am Himmel funkeln die Sterne, alle aber überstrahlt der ungeheure Komet, dessen Kopf man vom Wilhelmsplatz aus über dem Rathausbühnern erblickt, während sein Schweif den westlichen Horizont berührt. Aber auch sein Glanz wird überstrahlt von dem Licht, welches 1000 vierarmige Sonnenkandelaber über den Wilhelmsplatz ausgießen. Blendend spiegelt sich dieses Licht auf den weißen Marmorpetrinum-Platten der Trottoirs. Auf diesen Trottoirs und durch die Arkaden der den Wilhelmsplatz umgebenden Paläste pilgern Tausende von festlich gekleideten Menschen dem Brachbau des neuen Theaters zu, dessen fünfsächtig überdeckter aufgebauter Säulenhallen ein Meer von Licht ausstrahlen. Diesem Theater zu rollen auch tausende von Equipagen geräuschlos auf dem Gummiplaster. Aber was ist das dort oben am Nachthimmel? Zahllose schneeweisse Niesenvögel schwärmen heran. Es sind die Fluggondeln, in welchen die Landbevölkerung von allen Schlössern der Umgebung zum Theater fährt. Ihre schimmernden Flügel langsam bewegend, schweben sie majestatisch heran. Sie landen an der obersten Säulenhalde: mit zwei Spangen greift die Halbbrücke der Gondel in den Marmorboden ein und galant führen die Herren die Damen auf festen Grund. Die Herren tragen den hinter segelförmig gebauften grün- und gelben Trac und die Jacken mit Sötern, die Frauen den weißen Pferdeschwanz am Bul.

Treten wir durch das staunenswerth große und prächtige Vestibül ein. Was ist gegen diese Pracht das alte pariser Opernhaus, das man vor hundert Jahren bewunderte? Hier schenken Wände, Säulen, Decken von Kristall zu sein. Und durch diese transparenten Wände leuchten farbenprächtige persische Teppiche hindurch. Dies durchsichtige Baumaterial ist eine Erfindung Posibuzki's, des weltberühmten Prof. der Chronik an der Universität Posen. Es ist nichts anderes als komprimierter, elektromagnetisch gebundener Wasserstoff. In den Kristallbrüstungen der Logen sind die Mosaikmedaillons berühmter Bildhauer und geschnitterner Ballateusen angebracht. Belebend Solarinflammnen senden solche Tagesshelle herab, daß man selbst im tiefsten

*) So nennt man die Fabriken zur Anfertigung künstlicher Winde.

Artikel 1 gestellt hat, welches verlange, daß der Senat aus 300 vom allgemeinen Stimmrecht direkt gewählten Mitgliedern bestehen. (Beifall rechts.) Raoul Duval entwickelt sein Amendement: Die Versammlung möge dem Beschuß getreut bleiben, den sie vor zehn Tagen (bei Gelegenheit des Amendements Duprat) gefaßt habe. Er wird gegen eine Organisation stimmen, die ihm Mützrauen einflößt, unterstellt sich aber, falls die Majorität dieselbe annimmt, derselben im voraus, da er es nicht verbünden kann. Indes kann er nicht umhin, auf die Unzumutbarkeiten eines Gesetzentwurfes hinzuweisen, welcher die Nationalversammlung auf bedauernswerte Weise angreift. Nach einigen Belehrungen Lepère's (äußerste Linke), der Raoul Duval vorwirft, sich eines Mandates schuldig gemacht zu haben, als er vor zehn Tagen für den 1. Artikel des Antrags Pascal Duprat (Allgemeines Stimmrecht für den Senat), aber gegen das ganze Gesetz votierte, wird das Amendement Raoul Duval verworfen. Die Rechte und die Bonapartisten stimmen dafür, die Centren und die Linke dagegen. Stimmen steht: Auf morgen, auf morgen! Der Präsident fragt die Versammlung. Zwei Abstimmungen durch Aufstehen und Sitzenbleiben sind zweifelhaft, und man schreitet zur öffentlichen Abstimmung, welche 11 Stimmen zu Gunsten der Fortsetzung der Diskussion gibt. Die Rechte verlangt die Revision der Abstimmung, die auch angeordnet wird. Dieselbe ergibt eine Majorität von 9 Stimmen für die Fortdauer der Diskussion. — Depeche (ehemaliger Mai-Minister, Rechte) erhält das Wort gegen den ersten Artikel Wallon. Derselbe beschlägt, daß dem Marshall nicht das Recht gewährt werde, Senatoren zu ernennen und bedauert, daß derselbe darauf Verzicht geleistet. Man wolle einer Gefahr entgehen und werde die Brüte einer andern. Redner gibt schließlich Kenntnis von einer Deklaration seiner Freunde, die besagt, daß sie gegen das Amendement Wallon votieren, weil es nicht das konservative Interesse sicherstelle. — Wallon erwiedert, daß er der Idee, dem Präsidenten der Republik das Recht zu verleihen, Senatoren zu ernennen, nicht feindlich gesinnt gewesen sei; wenn er diese Garantie aufgegeben, so geschah es, um dem Gesetzentwurf eine Majorität zu sichern. — Paul Gottin (geheimer Bonapartist) stimmt geblieben mit der Gruppe Lavergne. Stellt ein Amendement, daß der Präsident alle Senatoren auf Lebenszeit ernennen soll. Das Amendement wird ohne Debatte verworfen. — Laroche-Soucault-Bisaccia (Präsident der äußersten Rechten) protestiert nochmals gegen den Gesetzentwurf, den er für einen Missbrauch erklärt, weil das Land die Kammer nicht gewählt habe, um Senatoren zu ernennen. Nachdem hierauf noch ein Amendement von Dubreuil de St. Germain (Rechte) verworfen worden ist, schreitet man zur Abstimmung. Während derselben spricht Bethmont (l'alls Centrum) über die Tagesordnung und beantragt, daß das Staatsgesetz (dritte Beratung) auf die Tagesordnung von morgen, gleich nach dem Senatsgesetz, gesetzt werde. Die Versammlung setzt dies mit großer Majorität gut und bestimmt, daß die Diskussion auf morgen vertagt werde. Der Präsident gibt hierauf Kenntnis von der Abstimmung über Art. 1: Zahl der Abstimmenden 683; Absolute Majorität 342. Für den Art. 1 des Entwurfs Wallon 422; gegen denselben 261. Die Versammlung hat den Art. 1 mit einer Majorität von 161 Stimmen angenommen. (Große Sensation.) Die Sitzung schließt um 7½ Uhr.

— 23. Februar. [Nationalversammlung.] Vor Beginn der heutigen Diskussion hielt der konstitutionelle Ausschuss Sitzung. Gegen das Ende derselben trug sich ein wichtiger Zwischenfall zu. Ventabon, der Berichterstatter über das Senatsgesetz, hörte nämlich dem Ausschuss an, daß die Rechte die Absicht habe, einen Antrag zur Wiederherstellung der Monarchie zu stellen, und daß er die Beweisung derselben an den Ausschuss verlangen wolle. Die Majorität des Ausschusses erklärte aber, daß sie die Beweisung nicht aufzuheben könne, worauf Ventabon seine Entlastung als Berichterstatter gab. Der Ausschuss wählte, nachdem Ventabon erklärt hatte, Präsident des Ausschusses bleiben zu wollen, Paris zum Berichterstatter. Nach Eröffnung der öffentlichen Sitzung erhält Raoul Duval das Wort, um sein erstes Amendement zu entwickeln. Dasselbe beantragt, zum Artikel 1 hinzugefügen: „Die Senatoren können nicht unter den Mitgliedern der Nationalversammlung gewählt werden.“ Der Antragsteller hält es der Würde der Versammlung entsprechend, daß kein Deputierter zum Senator werden kann, da sie selbst einen Theil derselben zu ernennen habe. Niemand antwortet dem Redner und der Präsident fragt die Kammer, welche das Amendement verwirkt; die Minister stimmen gegen das Amendement; der Herzog de Broglie erhält für der Abstimmung. Artikel 2 bestimmt, wie viele Senatoren ein jedes Departement zu ernennen hat. Ein Amendement Jean Brunet, welches für Paris sechs statt fünf Senatoren verlangt, wird verworfen und der Artikel 2 des Amendements Wallon angenommen. Artikel 3 wird ohne Diskussion angenommen. Er lautet: „Niemand kann Senator werden, der nicht Franzose, wenigstens 40 Jahr alt und im Besitz seiner bürgerlichen und politischen Rechte ist.“ Zu Artikel 4, welcher „die Zusammensetzung der Wahlkollegien“ feststellt, hat Duval wieder ein Amendement gestellt, dessen drei Paragraphen aber verworfen werden. Die ganze Linke stimmt wie ein Mann. — A. Lefèvre-Pontalis (Berichterstatter) verlangt, daß die Wahlen nicht in den Départements, sondern in den Arrondissements-Hauptorten stattfinden — Wallon hält es für besser, daß sich das Wahlkollegium im

Hauptorte des Departements versammle. — Herzog von Bisaccia (Ältere Rechte) und Baragnon (Unter-Staatssekretär), aber Gegner des Gesetzes) erklären sich für die Wahlen im Hauptorte des Arrondissements. — Buffet läßt nun darüber abstimmen, ob in den Arrondissements-Hauptorten gewählt werden soll. Der Antrag wird mit 79 Stimmen Majorität verworfen. Die Kammer nimmt nun die drei ersten Paragraphen des Artikels 4 an. Ein Amendement Brunet's wird verworfen. Ein gleiches Schicksal hat das Amendement des Marquis d'Andelarre, welches die Höchstbesteuerten bei den Erneuerungen der Wähler für die Senatoren der Gemeinderäthe hinzugefügt haben will. Es wird mit 387 gegen 332 Stimmen bestimmt. Ein Zusatzartikel Wallon's wird angenommen, welcher bestimmt, daß in den Kolonien, wo es keine Gemeinderäthe giebt, die Generalräthe die Wähler für die Senatoren ernennen. Zwei andere Amendements, von denen das eine wieder von dem unvermeidlichen Raoul Duval ausgeht, werden hierauf verworfen, und dann der ganze Artikel 4 mit 447 gegen 246 Stimmen angenommen. Die Majorität ist also schon um 22 Stimmen gestiegen, was beweist, daß die Bemühungen Broglie's und seiner Freunde nicht ganz ohne Erfolg geblieben sind. Artikel 5 lautet: „Die von der National-Versammlung ernannten Senatoren werden nach Wahllisten und mit absoluter Stimmenmehrheit ernannt.“ — Delpit verlangt, daß die Listen, aus welchen die Senatoren gewählt werden, von dem Präsidenten der Republik aufgestellt werden sollen. — Berichterstatter A. Lefèvre-Pontalis verlangt, daß dieses Amendement an den Ausschuss verwiesen werde; dieser Ausschuss werde sich sofort zurückziehen, um über dasselbe zu berathen.

Großbritannien und Irland.

London. Das englische Artillerie-Corps gab am 23. d. M. dem kaiserlichen Prinzen ein Bankett. Der Prinz begab sich auf die traditionellen Verbindungen seiner Familie mit der Artillerie und äußerte, er werde sich der letzten zwei Jahre nichts mit Stolz und Dankbarkeit erinnern. — In Sachsen Napoleons IV. in spa weiß das „S. T. B.“ aus London zu berichten, daß der frühere Kadett von Woolwich um Aufnahme in ein französisches Regiment für ein Jahr nachgesucht hat. Falls man aber sein Gesuch abschlagen sollte, wird er in Oxford studiren. (Wir glauben kaum, daß Pulu, resp. seine Mentoren einen solchen Schritt gethan haben, namentlich jetzt nicht.) — Red. d. „Posener Blg.“)

London, 24. Febr. Das Tagesinteresse wird noch immer von der Mitchell-Affaire in Anspruch genommen. Nachdem in den letzten Tagen in der Grafschaft Tipperary die Ansichten über das richtige Verfahren gegenüber der Unfähigkeitserklärung John Mitchells durch das Unterhaus fast von Stunde zu Stunde gewechselt, ist neuerdings der Entschluß dort zur Reise gedichen, den Abgeordneten aber in allen Kandidaten aufzustellen. John Mitchell hat sich in einem Aufruf von wenigen Zeilen von Cork aus den Wählern zur Verfügung gestellt und behaftigt eine gründliche Wahlbewerbung zu veranstalten. Mittlerweile sehen die Nationalisten der Home-Ruler-Partei zu, für Mitchell ernstlich einzutreten und die Wähler erörtern die juristische Seite seiner Ausschließung aus dem Unterhaus. Auf liberaler Seite neigt man sich zu der Meinung, daß Mitchell noch jeden Tag verhaftet und zur Verbüßung seiner Strafzeit angehalten werden könnte. (Das will uns wenig wahrscheinlich erscheinen; denn nach englischem Strafrecht kann ein flüchtig gewordener Staatsgefangener nur dann wieder verhaftet und zur Abführung seiner Strafe gezwungen werden, wenn er sich innerhalb der Zeit, welche er im Gefängnis (oder in einer Straffolone) zu bringen gehabt hätte, auf englischem Boden ergreifen wird. Dieser Fall aber liegt bei Mitchell nicht vor, da er sich während seiner ganzen Strafzeit (14 Jahre) in Süd-Amerika aufgehalten hat. Ebenso wenig kann Mitchell aber Volksvertreter werden, denn er hat weder seine Strafe abgezahlt, noch ist er begnadigt worden. Red. d. „Posener Blg.“)

Sechster Kongress deutscher Landwirthe.

Berlin, 25. Februar.

IV.

In der heutigen Sitzung, die gegen 10½ Uhr Vormittags wieder eröffnet wurde, theilte zunächst der Vorsitzende mit: der Kronprinz habe ihm angezeigt, er sei leider behindert, diesmal den Verhandlungen beizuhören, ersuche jedoch, die Versicherung seines größten Interesses für den Konzert zu genehmigen.

Landes-Debetomie-Kath. Griepenkerl (Braunschweig) referirt alsdann in Kürze über die ländliche Arbeiterfrage. Der Redner

schattet den mit Gold auf Purpur gedruckten Theaterzettel

für den an.

Das Theater ist gefüllt; mehr als zehntausend Menschen umschließen

der prachtvolle Buschauerraum, darunter den Obervorsteher des Gaues,

den befähigenden allgemeinen und den frohbotischlichen allgemeinen

Ober-Daraufachgeber.

Die scenische Kunst hat sich in den letzten hundert Jahren höchst

bedeutend verändert. Die Schauspieler gehen, wie im Alterthum, auf

hohen Kothurnen und tragen Masken mit einem Schallapparat, wel-

cher die Stimme bis zur Hörbarkeit verstärkt. Die Opernfänger ma-

gen nur Gesten, während der Gesang durch die Dumpton'sche Dampf-

eingasmashine ausgeführt wird.

Jetzt beginnt die Jubelouverture. Mit dreitausend Pferdekraft

arbeitet die Maschine, welche die Lust in Blasinstrumente preßt, über

die Streichinstrumente den Bogen führt, Riesentrommel und Riesen-

Raupe schlägt. Nun geht der Vorhang auf und ein Ruf des Erstaun-

mens tönt durch den ganzen Buschauerraum. Die Bühne ist ein Aqu-

arium, hinter einer 150' langen und 50' hohen Glasplatte wallt die

See; zwischen Riesenkrallen wimmelt es von Delphinen, Tritonen,

Kereiden, Seepferden und Seeräubern. Und nun schwimmt links aus

den Coulissen, von Liebesgöttern umschwärmt, Venus in einer Muschel

heran. Sie trägt weder Kothurn noch Maske. Der Prolog, welchen

man sie sprechen sieht, erscheint gleichzeitig, Zeile für Zeile, in leuch-

tender Schrift am blauen Bühnenhimmel. Er lautete also:

Berehrtes Publikum! Vor hundert Jahren

Wur' ein Theater herein hier gebaut,

Doch wurde denn die Sache so verfahren,

Doch noch dem fernen Enkel davon graut.

Weißt geschlossen wurde, weiter fortzufahren

Mit dem Niedtanfang. Alle Welt schrie laut:

Was? Ein Theater bau'n? das kostet Geld.

Wir warten, bis uns eins vom Himmel fällt.

Inzwischen sank das alte in Ruine:

Die Eule heulte durch der Trümmer Grau'n.

Gesellen mit verdächtig bösen Mielen

Sah man zuweilen aus den Löchern schau'n.

Wenn Bürger je sich nahten, wehe ihnen!

Sie wurden ausgezogen und gehau'n.

Da stand das Volk auf, und die dort Versammelten

Nach kurzer Zeit am hohen Galgen hammelten.

Dann wählt schnell man eine Kommission,

Den Neubau möglichst rasch vorzubereiten.

bemerkt: All die sozialen Auswüchse, die lediglich die Industrie erzeugt und die Landwirtschaft erhalten müssen, sei den vielen geistlichen Neuerungen, die planlos von den Liberalen inszeniert worden, zuzuschreiben. Die Industrie nicht aber die Landwirtschaft vermöge sich vor dem privilegierten Baganbenthum zu schützen. Er (Redner) wolle durchaus nicht der Befestigung des freien Bauwesens, Coalitionsfreiheit, Freizügigkeit u. s. m. das Wort reden: aber eine zeitgemäße, die gegenwärtigen landwirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigende Reform sei dringend notwendig.

v. Wedemeier: Das Grundibel stehe darin, daß man von Gesetzen wegen — und dies habe auch die 1872er Enquetekommission gethan — die ländlichen Arbeiterverbände gleich den städtischen resp. industriellen behandeln. Die ländlichen Arbeiter seien bedeutend besser gestellt als die industriellen. Die verheiratheten Baganbenthner denken gar nicht an Auswanderung. (Rufe: Sehr richtig!) Deren Kinder wandern höchstens aus und warum? Weil sie von den Eltern Unterstützung erhalten. In der Industrie seien schon ganz kleine Kinder zum Arbeiten genötigt.

Redakteur Rudolf Meyer (Berlin): Er habe 1872 den Antrag auf Einsetzung der Enquetekommission gestellt und sei somit zu einer längeren Befürwortung der Anträge derselben genötigt. Daß die Antragsteller nicht verkappte Sozial-Demokraten seien, erblicke schon aus dem Umstande, daß die Sozial-Demokraten überhaupt das Lohnsystem aufheben wollen. Herr Professor Dr. v. d. Goltz, der die Parzellierung empfiehlt, könne viel eher als Sozial-Demokrat bezeichnet werden. Die von Prof. v. d. Goltz verlangte Parzellierung müsse in der That zur Theilung des Besitzes führen. (Rufe: Zur Kommune!) Beiläufig müsse er bemerken, daß die Sozial-Demokraten durchaus nicht Widerstand machen wollen (Widerstand). Wer das beweise, wolle ihn widerlegen: weder Marx noch Lassalle verlangen Theilung des Besitzes. Es sei hohe Zeit, daß die Regierung sich um die Reform der Arbeiterverhältnisse kümmere, denn man stehe hier noch hinter den Russen (Heiterkeit und Bravo). In Neeland habe man bereits 1872 eine Reichs-Enquete-Kommission eingesetzt und seit einer Zeit 953 Personen aus allen Ländern vernommen und die Verhältnisse der Regierung überliefern. In Belgien und Frankreich beschäftigte sich die Regierung mit der sozialen Frage nicht. In Frankreich sei offenbar die Antwort darauf die verschiedenen Proletarier-Revolutionen gewesen. In Belgien wäre wohl schon Ähnliches passiert: allein es scheine sich den Arbeitern dort nicht zu verlorenen Dingen beschäftigt sich in sehr heftig bringender Weise die katholische Kirche mit der Arbeiterfrage. (Rufe: Kirchensocialismus!) Ja, er (Redner) sei nicht Katholik, aber die Bestrebungen der katholischen Kirche auf diesem Gebiete seien höchst anerkennenswert. Das Christentum habe eine sehr breite sozialistische Grundlage und wenn sich die evangelische Kirche nicht mit der sozialen Frage beschäftige, so sei dies eben sehr zu bedauern (Rufe: Sehr wahr! Heiterkeit). Eine sehr vortreffliche Arbeiter-Enquete sei in der Schweiz und habe dort insbesondere die „Internationale“ eine sehr vortreffliche Arbeiter-Statistik geschaffen. (Rufe: Oho! Hört! Hört!) Trotz dieser Oho-Rufe verhalte sich die Sache so und trotzdem die Schweiz die Brüderlichkeit der „Internationale“ stets gewesen und trotzdem dort weder ein Lessendorf noch Madai existiere, sei die Schweiz bestehen geblieben. In Winterthur habe der Bürgermeister einem Kongress der „Internationale“ einmal den Rathaussaal eingeräumt. (Heiterkeit.) Er (Redner) müsse bekennen, daß die Enquete der „Internationale“ eine bessere sei, als die der 1872er Kommission, zu der er zu gehören die Ehre habe. (Heiterkeit.) In Manchester habe man schon 1802 ein Gefügebüro eingesetzt, in Berlin existire heute noch keines. (Heiterkeit und Bravo.) Wenn in England die Arbeiter Unzufriedenheiten äußern, so schide man ihnen nicht den Staatsanwalt auf den Hals, sondern man veranlaßt Enquêtes und schaffe demgemäß Gesetze zur Abhilfe. Professor Dr. Held sage in Eisenach: Man unterliege ja den Venus-Durchgang, warum denn nicht die Arbeiterverhältnisse? (Lebhafte Beifall.) Privat-Enquêtes haben wenig Wert, da diesen der Bezugswang fehle. Die vom deutschen Reichskanzleramt beabsichtigte gewerbliche Enquete müsse erweitert und selbstverständlich auch die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in dieselbe einbezogen werden. Meine man es mit der Reform der Arbeiterverhältnisse aufrichtig, so werde man die Anträge der 1872er Enquete-Kommission akzeptieren. (Lebhafte Beifall.) Während dieser Rede war der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten eingetreten.

Dr. Schumacher-Barchlin wendet sich gegen die unrichtigen Auffassungen des Kommissionsberichts, der nur als die Auffassung der drei Referenten anzusehen sei, nicht derjenigen der ganzen Kommission. Auch er könne den Antrag Meyer empfehlen und sei der Ansicht, daß wenn die Reichsstatistik die Sache in die Hand nehmre, mehr erzielt werden als durch alle Privat-Enquêtes; habe der Kongress dies erreicht, dann habe er eine Frage angeregt, welche nicht einseitig die Landwirtschaft angehe, sondern die gesamte Bevölkerung.

Professor J. Wagner empfiehlt den Antrag der Kommission. Neben demselben könne man aber auch noch den von Meyer u. Gengenbachslagerten Anträgen zustimmen, denn eine Privat-Enquete könne viel weniger wirksam sein, als eine amtliche. Es handele sich auch darum, der Enquete eine richtige Einwirkung im Publikum zu sichern;

Aus Berlin.

Am 24. d. waren es fünfundzwanzig Jahre, daß der Pastor Knack berühmt durch die von ihm erfundene Bewegung der Sonne sein Pfarramt an der hiesigen böhmisch-lutherischen Gemeinde (Gethsemenkirche) angetreten hat. — „Die berühmte Theilnahme, welche ihm von Seiten seiner Gemeinde und zahlreichen Freunden dargebracht wurde, gestaltete den Tag zu einem rechten Freuden- und Ehrentage,“ also schreibt die Kreuzzeitung.

Ein höchst origineller Prozeß macht augenblicklich in orthodoxen jüdischen Kreisen viel Aufsehen. Bekanntlich benutzen die Israeliten zum Laubbüttfest Paradiesäpfel, über welchen sie in Verbindung mit einem Palmenzweig den Segen sprechen. Diese Paradiesäpfel müssen nun nach jüdischen Ritualen fehlerfrei und unverfault sein. Zum verflossenen Laubbüttfest bestellte ein auswärtiger Israelit bei einem hiesigen Händler D. einen solchen Paradiesäpfel, der ihm auch von demselben gefandt und mit fünf Thaler in Rechnung gesetzt wurde. Nachträglich stellte sich jedoch heraus, daß dieser Paradiesäpfel beschädigt und der Stiel läufig mittels einer kleinen Nadel zusammengeheftet war. Der Käufer wurde, nachdem von einem hiesigen Rabbiner die Unbrauchbarkeit des qu. Paradiesäpfels nachgewiesen war, wegen Betrugsklage gegen den Verkäufer D., welcher, wie sich später ergab, den Paradiesäpfel um 10 Sgr. erworben hatte. Der Ausgang des Prozesses, welcher seit längerer Zeit schwankt und in dem mehrere Rabbiner vernommen wurden, wird in beteiligten Kreisen mit Spannung erwartet.

Seit einiger Zeit haben sich hier mehrere Freimaurerlogen gebildet, welche auch Juden zu Mitglieder aufzunehmen. Zu diesen gehört in erster Linie die unabhängige Loge für Brüderlichkeit und Humanität. Vor einem Jahre ins Leben gerufen, hat sie schon eine ziemliche Anzahl von Mitgliedern aus den verschiedenartigsten Zweigen des Lebens aufzuweisen. Bei dem Stiftungsfeste, welches am 15. Februar im deutschen Hofe gefeiert wurde, hielt die Eröffnungsrede Obermeister Bendix, der eine kulturhistorische Skizze der Loge entwarf, hieran schloß sich ein Vortrag des Ehrenmeisters Dr. Landsberg, der die Freiheit der unabhängigen Loge ganz besonders hervor

dies könnte aber nur geschehen, wenn die Arbeitnehmer zu der Enquete mit hinzugezogen würden.

Baron Dürrheim verweist auf die Untrübe der sozialdemokratischen Agitatoren, welche den Arbeitern Holsteins, die sonst in ruhiger Weise ihren Pflichten nachgekommen sind, versprechen, mit Hilfe sozialdemokratischer Abgeordneten im Reichstage einen Gesetzentwurf durchzubringen, der einem jeden bürgerlichen Arbeiter Grundbesitz, Wohngebäude und Viehstand von den vorhandenen größeren Besitzungen zusichere. Durch die kommunistischen Versprechungen habe man die Bevölkerung aufgeregt und die Wahl von Sozialdemokraten durchgeführt. Er bitte solche Auskünfte von Agitatoren durch Zeugen konstatiren zu lassen, um sie später als Material gegen die Sozialdemokraten zu verwenden.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag Meyer angenommen, der Antrag der Referenten abgelehnt. Es folgt die Beratung des Berichtes der Spezialkommission über diese Arbeiterfrage. Die Referenten v. Wedemeyer und Schuhmacher Barchini haben eine Anzahl von Anträgen gestellt, in welchen sie sich gegen die Gesetzgebung aussprechen, welche dem Kapital und der Fabrikindustrie zum Nachteil des Ackerbaus Staatshilfe gewährt und die auch nachteilig auf die Verhältnisse der ländlichen Arbeitervölkerung einwirkt. Die gesetzliche Erlaubnis der Theilnahme des Grundeigentums und Bodens, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, Grundeigentum zu erwerben, genügt nicht, sondern es müsse die Vermehrung des ländlichen kleinen Grundbesitzes, namentlich in dünnbevölkerten Gegenden ins Auge gesetzt werden.

Hiezu beantragt Dr. Carlowa zu beschließen: „Der Congress erkennt in einer sorgfältigen Pflege und Förderung des Genossenschaftswesens nach allen Richtungen hin und in Formen, welche einerseits dem landw. Bedürfnis entsprechen, andererseits es den Arbeitern ermöglichen, Theil an den Wohlthaten derselben zu nehmen, ein wirksames Mittel zur Besserung der materiellen Lage der ländlichen Arbeiter und ihrer ländlichen Hebung.“

Diese beiden Anträge werden nach längerer oft sehr belebter Diskussion, an der sich die Hs. v. Wedemeyer, Schuhmacher, Dr. Perrot-Rostal, Carlowa, Sucker, Knauer, v. Schönliche und Schwölfel beteiligen, mit großer Mehrheit angenommen und beschlossen, diese Anträge der Reichsverwaltung, dem Landwirtschaftsrath und den landw. Central-Vereinen zu überweisen. — Hierauf schließt die Sitzung um 4 Uhr.

Tagesübersicht.

Posen, 26. Februar.

Bei der Beratung des Justizetats brachte gestern der ultramontane Abgeordnete Freiherr v. Heermann-Zuydow, Rittergutsbesitzer und Regierungsassessor in Münster, die Mängel der Gefangenheitszustände zur Sprache, wo er ihm besonders das Los einiger politischer Straflinge Anlaß gab. Früher kümmeren sich die katholischen Feudalen so wenig wie die protestantischen um solche Kleinigkeiten, im Gegenheil, erkerten sie gemeinschaftlich dienten Liberalen ein, welchen die Einigung Deutschlands etwas zu langsam ging. Wir sagen nun nicht „Wurst wider Wurst“, im Gegenheil, wir freuen uns, daß auch der katholische Adel jetzt für eine menschenwürdigere Behandlung der politischen Gefangenen eintritt; wenn aber die Ultramontanen die Lage ihrer Gefangenen gegen in den Strafanstalten als eine so schreckliche bezeichnen, wie sie früher nie vorgekommen, so möchten wir ihnen doch raten, vorher einmal Reuters „Ult mine Festungslid“ und ähnliche Werke zu lesen! — Hoffentlich werden diese Klagen, welchen der Fortschrittsmann Windhorst beitrat, zur Abhilfe führen. Der Justizminister sagte eine neue Regelung des Strafvollzugs zu und versicherte, das Seinige zu thun, um den jetzt bestehenden Dualismus, wonach das Gefangenheitswesen zum Theil dem Justizministerium, zum Theil dem Ministerium des Innern untersteht, zu beseitigen. — Beim Etat der Finanzverwaltung kam wieder einmal ein kleiner polnischer Protest zum Vorschein. Die polnische Fraktion, welche dem deutschen Reich noch immer ihre Anerkennung versagt, stimmte gegen die Ausgabe von 32 Millionen Mark, welche Preußen als Beitrag an das deutsche Reich entrichtet. Das meiste Interesse erregte die Diskussion der Ansprüche Schleswig-Holsteins auf eine erhebliche Erhöhung der ihnen im Etat gewährten extraordinaire Zuwendungen. Im Ganzen war die Mehrheit leicht geneigt, den Etat zu erhöhen, und was sie weiterhin zu thun gedenkt, entzieht sich der Berechnung, weil der betreffende Etatstitel der Budget-Kommission zur Vorberatung und Berichterstattung überwiesen ist. Der Finanzminister erklärte, mit 1.200.000 Mark könne Schleswig-Holstein zufrieden sein und ihm mehr für Leistungen zugesprechen, die sich jeder gründlichen Abschätzung entziehen, sei dem Staate Preußen um so weniger zuzumuthen, als er selbst um Schleswig-Holsteins willen sich sehr belastet habe. Des Ministers Kommissar debütierte ebenso, und beide werden in der Budget-Kommission von ihren Ansichten schwerlich abzubringen sein, also der Erhöhung des Etats widersprechen.

Die neueste französische Verfassung wird in wenigen Tagen vom „Journal officiel“ veröffentlicht werden, wie lange sie Bestand haben wird, das wird ganz davon abhängen, wie lange die verschiedenen Parteien, die durch ihre Koalition endlich eine zur „Konstituierung“ Frankreichs unter der Form der „Republik“ geneigte Mehrheit in der Nationalversammlung zu Stande brachten, sich mit einander in Frieden und Freundschaft vertragen. Die Schwierigkeiten werden erst hervortreten, wenn die neue Verfassung praktisch zur Durchführung gelangt. Was einerseits die Oranisten bewog, in die Konstituierung Frankreichs unter republikanischer Form zu willigen, was andererseits die Republikaner von der äußersten Linien ihrer früheren Erklärung vergessen ließ, daß dieser Nationalversammlung keine konstituierenden Befugnisse beiwohnten und daß sie solche nur durch eine Urspaltung sich beilegen könne — das ist nichts als die Furcht vor den wachsenden Aussichten des Bonapartismus, dem durch die Konstituierung Frankreichs ein Damm entgegengesetzt werden soll. Ob sich die Koalition in ihren Erwartungen nicht getäuscht hat, kann erst die Zukunft lehren. Es ist ja möglich, daß die meisten derjenigen Staats- und Gemeindebeamten, welche bis jetzt den bonapartistischen Bestrebungen allen möglichen Vorwurf leisten, sobald erst eine feste Regierungswelt wieder hergestellt ist, die Aussicht auf Dauer — wenn auch nur bis zum 20. November 1880 — verleiht, sich als „loyale Bürger“ in die vollendete Thatsache fügen, namentlich wenn sie sehen, daß mit den kompromittierten ihrer Gefangenen nicht viel Federleseins gemacht wird. In diesem Falle wird die Befragung, durch einen Handstreich des Bonapartismus eines schönen Tages außer Besitz gesetzt zu werden, sich allmählich legen; in demselben Maße werden aber auch die Bande sich lockern, durch welche die Altärzte von heute zu einem gemeinsamen Vorgehen angehalten werden. Die Bonapartisten sind kluge Leute; sie sitzen am Ufer und lauern auf den Wind. Wenn sie nicht von allem Verständnis der Lage entblößt sind, so werden sie bis auf Weiteres ihre Agitationen einzustellen haben, damit ihre Gegner, sich der Befragung vor einer bonapartistischen Restauration entschlagen, Muße

erlangen, über ihre gegenseitige Stellung nachzudenken und zu dem Entschluß einer Auseinandersetzung sich hinzuholen zu lassen. Die Hoffnungen der Bonapartisten beruhen auf der unausbleiblichen Zivietracht im Lager der Republikaner à la Wallon, welches den Herzog v. Broglie und Herrn Leon Gambetta in seiner Umwallung beherbergt! Sobald sich in diesem Lager Verstärkungen zu zeigen beginnen, werden auch die als loyale Bürger der Republik sich maskierende bonapartistischen Beamten anfangs vorsichtiger, allmählich dreister die gegen den Bestand der Republik gerichteten Bestrebungen in ihre Protection nehmen. Und es wird sich schließlich fragen, ob der Appell an die Furcht vor dem Bonapartismus noch einmal seine Kraft zu bewahren vermag. Die in Folge der Einführung der neuen Verfassung bevorstehenden Wahlen zu Senat und Deputiertenkammer werden dem französischen Volke Gelegenheit geben, sich über das Vertrauen, welches die einzelnen Parteien bei ihm genießen, auszusprechen. Es kann nicht anders sein, als daß die Parteien, welche heute verbündet sind, in der Wahlkampagne als Gegner sich bekämpfen. Die Republikaner können es nicht dulden, daß die Oranisten in der nächsten Deputiertenkammer die Majorität erlangen, weil sie von einem solchen Wahlsieg die Beseitigung der republikanischen Staatsform zu besorgen haben, und die Oranisten werden hinwiederum den Republikanern nach Möglichkeit den Wind abzugehen suchen, weil sie die Republik nicht an sich, sondern nur als eine Schutzmauer gegen den Anprall des Bonapartismus errichtet haben, hinter der sie den Königsthron für Ludwig Philipp den Zweiten zimmern wollen. Was die Legitimisten, die über den Abfall der Oranisten von der „Fusion“ aufs Höchste ergrimmten sind, thun werden, steht noch nicht fest; es ist indessen schon einmal dagewesen, daß Legitimisten und Bonapartisten zusammengegangen sind, wenn die Kirche ihr „Amen“ dazu sprach. — Wir Deutsche können nur den Wunsch hegen, daß Frankreich unter einer Regierungsform, welche die Mehrzahl der Nation befriedigt, zur Ruhe gelangen möge; wir fürchten nicht, daß das deutsche Reich jemals wieder so schwach werden wird, um nur in der Ohnmacht seiner Nachbarn die Sicherung seiner Existenz zu erblicken.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. Februar.

— Der Weihbischof Janiszewski ist am Donnerstag früh in Begleitung des Distriktskommissarius v. Greifenski aus Koschmin in Berlin eingetroffen und beabsichtigt dafelbst seinen Aufenthalt zu nehmen. So meldet ein Berliner Telegramm des „Dienstes“.

— Wie man der „Kreuztg.“ schreibt, wird Herr Regierungsrath Steinmann in Magdeburg nicht als Oberpräsidialrath nach Posen kommen, sondern auf seinem bisherigen Posten verbleiben. Offenbar hat Herr Steinmann, welcher in Magdeburg Oberpräsidialrath ist und hier als erster Oberpräsidialrath eintreten sollte, gegen seine Verzuschung remonstriert.

— Die Rede des Abgeordneten Dr. v. Niegolewski bei der letzten Volksdebatte im Reichstage ist bekanntlich in deutscher und polnischer Sprache erschienen und wird zum Theil unentgeltlich in der Provinz verbreitet. Das Volk soll dadurch über sein „Geld“, von welchem es bisher wenig oder gar nichts wußte, aufgeklärt werden. Doch sieht dies nicht der einzige Zweck zu sein, zu welchem die oratorische Leistung des polnischen Abgeordneten, welchem das sarmatische Rebecker voll zu Gevorte steht, verbreitet wird. Denn gleichzeitig offenbart eine polnische Buchhandlung „das Portrait des Dr. Wladislaw v. Niegolewski in Lüstenformat“, Preis 2 Sgr. Besstellungen auf größere Photographien-Posten werden in der Administration des „Dienstes Posen“ entgegengenommen. Das Bild zeigt den Abgeordneten, welcher als Führer der polnischen Nationalpartei gelten kann, etwas jünger als er wirklich ist (56 Jahr). Die nicht uninteressante Erscheinung läßt auf den ersten Anblick kaum einen polnischen Edelmann vermuten. Die langen, dichten schwarzen Haare, welche nach hinten gestrichen sind, würden auf einen Tonkünstler schließen lassen, wenn nicht der energische, finstere Ausdruck des edigen Gesichts mit dem schweren, kurzen Schnurrbart dieser Annahme widerstreite. Nicht wie sein Vater der „Oberst“ Andreas v. Niegolewski trägt der Abgeordnete die Nationaltracht, aber der Stuhl auf welchem er sitzt, läßt oben an der hohen, reichverzierten Rücklehne das polnische Wappen mit dem roten Adler und dem litauischen Ritter erkennen, darüber die polnische Reichskrone. Wie er so in aufmerksamer Stellung dastützt, in der rechten Hand ein Blatt Papier, macht der Herr Dr. juris Wladislaus von Niegolewski den Eindruck, als wollte er jeden Augenblick auffringen, um das Portefeuille eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in dem widerherstellenden Polenreich zu übernehmen, was bei der Neigung der sarmatischen Aristokratie, sich mit hoher Politik zu beschäftigen, ihn vielleicht am meisten zusagen würde.

— Graf Potulicki auf Potulice bei Nakel, welcher bekanntlich vor einiger Zeit zu einem Termin vor dem Kreisgericht in Bromberg vorgeladen war, wurde, wie der „Kurier Posen“ berichtet, schreibt, nicht über die Person des Geheimdelegaten, sondern lediglich über das Verhältnis zu seinem Kaplan Dziegiecki befragt, vermutlich um festzustellen, ob der Geistliche eine Stelle einnehme, welche bedingt, daß davon dem Oberpräsidialrath Mitteilung gemacht werde.

— r. Thurmwächter. Die Stelle eines Thurmwächters auf dem Rathaus der Stadt Posen ist seit mehreren Wochen vakant und soll demnächst wieder besetzt werden. Civilversorgungsberechte Militärsoldaten, vornehmlich Signal-Trompeter, finden bei Wiederbesetzung dieses „hohen“ Postens, mit dem Gehalt von 210 Thlr. nebst freier Wohnung, Sitzung und Licht verknüpft ist, ganz besondere Berücksichtigung. Der letzte Thurmwächter Posens hat ein eigentlich traumiges Ende gefunden. Der Mann wohnte hoch über allen anderen Menschen und holte sich den Tod — im Keller. Vor einigen Wochen besuchte er den neuen Bismarcktunnel und fiel beim Verlassen des Kellers so unglücklich auf der Treppe, daß er an den erhaltenen Verletzungen starb. Auch der vorletzte Thurmwächter ist keines natürlichen Todes gestorben, indem er in den Pendelstufen der Uhr auf dem Rathausthurm hinaufstürzte. Im Übrigen haben die städtischen Behörden dafür Sorge getragen, daß der Thurmwächter nicht etwa bei einem Brande des Rathausthurms ums Leben kommen kann, indem ein Rettungsapparat mit Seil v. angebracht worden ist.

— Berichtigung. In einem Theil der Auslage unseres heutigen Mittagblatts hat sich ein heimlicher Druckfehler eingeschlichen. Unsere Schlussbemerkung zu den Ausfällungen des „Berl. Tagbl.“ über die Gustav-Affäre muß nicht lauten „Es ist viel Nichtiges in diesem Raisonnement“, sondern „Es ist viel Nichtiges in diesem Raisonnement“.

— In Dobrojewo (bei Bronka) geriet in der dortigen Brennerei ein Arbeiter mit dem einen Arm in eine Bewegungsmaschine, durch welche ihm der Arm zerquetscht wurde. Der Verwundete wurde von dort in die hiesige Krankenanstalt der Barmherzigen Schwestern gebracht.

— Razzia. Bei einer gestern Abend abgehaltenen Razzia wurden 13 länderliche Frauennimmer verhaftet.

— Die Pockenkrankheit ist unter den Schafen zu Striche, Kr. Birnbaum ausgebrochen, dagegen unter den Schafen des Dominiuns Warawo und Swierkowo erloschen.

— Diebstähle. Verhaftet wurden: ein Maurer wegen Diebstahl an Speck und Butter. — Gestohlen

wurde gestern aus unverschlossenem Hofe einer Frau auf Ostrowie 7 Mannshänden und 7 rohrgestreifte Überzüge.

— Polizeibericht. Gefunden: ein Kinderportemonnaie, eine kleine Damenschäde und ein Regenschirm.

— Grätz, 25. Februar. Der „Germania“ wird von hier das Gericht gemeldet, daß ein früherer hiesiger Mannschafter die Präsente auf unsere vakante Propstei erhalten habe. Wie ich bestätigen kann, tritt dieses Gericht in der That mit großer Bestimmtheit auf, als Kandidaten für die sehr gut dotierte Pfarrstelle bezeichnet man den Propst Guzmer in Birke, welcher früher als Bischof in Grätz fungierte. Jedenfalls hört die seit vier Jahren geführte Administration der hiesigen Propstei mit dem Ende dieses Quartals auf. Administrator war bis jetzt der Mannschafter Horanowicz, dessen Vater jedenfalls noch einfach „Führmann“ hieß; was wir für diejenigen notieren, welche so häufig über die Germanisierung polnischer Namen schreiben. Wenn Herr Guzmer Propst in Grätz wird, dann würde es bereits drei mit staatlicher Genehmigung angestellte Präster in der Provinz geben, und wie ich höre, sollen um andere vacante Propsteistellen ebenfalls Bewerbungen ergangen sein. Wenigstens werden bereits die Kandidaten für Birke und Betsche genannt. Die neuen Präster dürften mit den früher angestellten Prästern, welche die Adressen an den Erzbischof nicht unterschrieben haben, bald eine ganz stattliche Anzahl an atstreuer Geistlichen bilden. Alles hängt von der raschen Energie der Regierung ab.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die am 26. d. erschienene Nr. 9 der von Dr. Guido Weiß herausgegebenen politisch-literarischen Wochenschrift „Die Wagn“ enthält: Die Politik der Gegenwart. — Aus dem Carlistenlager. Die Geologie der Gegenwart. — Die englischen Baugewissenschäften (Schluß). — Neue Bücher.

* Das zweite Februar-Heft von „Unsere Zeit. Deutsche Zeitung für das Gegenwart“ (Leipzig, S. A. Brockhaus) enthält: Philippe de Séguin. Von Wilhelm Gentel. — Aus John Stuart Mill's Nachlass. I. — Belgien von 1857 bis 1872. Von H. Bartling. Beläuft seit der Thronbesteigung König Leopold's II. Zweiter Artikel. — Der Stand der Aerzte. Von Hermann Baas. I. In den Urzeiten der Stämme und im griechisch-römischen Alterthum. — Chronik der Gegenwart: Todtenbau. Revue der Erd- und Völkerkunde.

Vermischtes.

* Eine neugierige Frage stellt vor einiger Zeit, als sie wegen Bekleidung des Reichskanzlers zu 50 Thlr. Strafe verurtheilt waren, die „Wappenthaler Volksblätter“, nämlich die, welche sie wohl bekommen würden, wenn sie Bismarck einen Lumpen nennen. In der letzten Sachverständigungsitzung erhielten sie hierauf die Antwort. Das Gericht sah nämlich, trotz der im vorherigen Februar vorgebrachten Vertheidigungsrede des Advokats Amalts Redakteur des Blattes, Kaplan S. Flecker, zu zwei Monaten Gefängnis.

* Der König und der Abt. Im Besitz eines Privatmannes in Reichenbach in Sachsen befindet sich ein bisher noch nicht veröffentlichter Brief, welchen Friedrich der Große an seinen Freund und Reiter aus großer Gefahr, den Abt von Camenz geschrieben hat; der selbe lautet:

Würdiger Besonders lieber Getreuer. Ich habe Eure Schreiben vom 23. vorherigen Monats mit denen daten überstanden und erneut erlesen und Ihnen für diese obligiert, verbleibe übrigens wohlaffectionirter König.

Berlin d. 2. Juni 1746.

Ich werde bald in Camenz zu Sprechen, wan ich nach Breslau komme so mus er mir besuchen.

Friedrich.

An den Abt zu Camenz.

* Kassel, 23. Februar. Wie verschiedene Zeitungen aus Kassel gemeldet wird, ist am 21. Februar Mittags dem früheren Oberstleutnant und Adjutanten des Herzogs von Sachsen-Meiningen, Herrn v. Engel, seine Verurtheilung zugestellt worden. Derselbe, frieglichlich zu 3 Jahren Zuchthaus verurtheilt, hat etwas über 1 Jahr im Zuchthaus zugebracht. Die Verurtheilung des Herrn v. Engel im Fall machte seiner Zeit das größte Aufsehen — war erfolgt, weil derselbe falsche Wechsel auf den Namen des Herzogs angefertigt hatte. Bei einem Kasseler Bankgeschäft ist bereits eine größere Summe Geld für ihn deponirt, welche ihm bei seiner Entlassung aus dem Zuchthause zum Zwecke der Auswanderung überwiesen werden sollte.

* Haag, 24. Februar. Eine der Regierung aus Java zugegangene Depesche meldet, daß derselbe in mehreren Departements große Überraschungen erfuhr.

* In Chicago kann man sich jetzt bei Musik barbiert lassen. Drei junge Mädchen haben eine Barberstube eröffnet. Eine besorgt das Einsäubern, die zweite das Schinden, die dritte auf einem mit Goldpapier beklebten Throne und spielt auf einer Harfe.

„Ich weiß nicht, was soll es bedeuten.“

* Ein sonderbarer Prozeß wurde in State Centre, Iowa verhandelt. Ein Herr Snider ließ einen Herrn Mitten verhaften, weil dieser eine Nadel mit aufrechte Spize in dem Kirchstuhl Snider's befestigt hatte. Da der Kläger seinen verletzten Körper nicht vorzeigen mußte, so wurde der Prozeß bei verschlossenen Thüren verhandelt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 26. Februar. Das Abgeordnetenhaus setzte die Etatberührung fort und genehmigte alle Positionen des Handelsministeriums bis zum Abschnitt über den Straßenbau und Brückenbau. Abg. Dunderung besprach den Bebauungsplan Berlins. Der Handelsminister rockerte denselben und fügte hinzu, die Beseitigung vorhandener Mängel bleibe der künftigen Selbstverwaltung vorbehalten. Die übrigen Berührungen betrifft Anfragen und Wünsche bezüglich der Kanalbauten und Stromkorrekturen in den Provinzen. Nächste Sitzung Montag erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Aushebung der Preußischen Bank.

Gingesandt.

Der Baugesellschaft der Oels-Gnesener Eisenbahn ist verhüllten Nachrichten aufzugeben. Drei die Verlängerung des Tunnels zur Befestigung der Bauten und Eröffnung der Bahn bis zum 1. Oktober d. J. gewährt werden. Für die solide Ausführung der Bauten und Hochbauten auf der Crenzburg-Posen Eisenbahn ist es dringend geboten, ebenfalls eine Verlängerung des Befestigungszeitraums anzustreben und herbeizuführen, denn es muss jedem Sachverständigen klar erscheinen, daß es keinem der Unternehmer dieser Hochbauten gelingen kann, innerhalb der ihnen gestellten kurzen Fristen die Bauwerke tüchtiger und solidier Weise herzustellen.

(Beilage)

Bekanntmachung.

Se. Exzellenz der Herr Finanzminister hat genehmigt, daß in dieser Stadt vom laufenden Jahre ab eine dreimonatliche, d. h. in jedem dritten Quartalsmonate zu erfolgende Erhebung der sämtlichen, in monatlichen Abten fälligen direkten Staatssteuern und Renten verhältnisweise eingeführt werde.

Wir richten nun an das bekleidete Publikum die dringende Bitte, die in diesem Quartale fälligen Steuern und Renten baldigst, jedenfalls aber vor

9 März cr.

zu zahlen, damit die gefestigten Zwangsmethoden vermieden, uns aber die erheblichen Schwierigkeiten und der Verlust die Kosten, welche durch den Hinzutritt von über 6000 Steuerzahler erwachsen, erleichtert und vermindert werden.

Wir bemerken schließlich, daß in dem letzten Quartalsmonate unsere Steuer-Kasse vom 9. ab nur von 11 Uhr bis 1 Uhr für das Publikum geöffnet sein wird.

Posen, den 23. Februar 1875.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Stadtwachtmeisterstelle mit 432 Mark und eine Polizeidienststelle mit 200 Mark ist sofort zu besetzen. Nachgefeierte, des Lesens und Schreibens in beiden Landessprachen kundige Personen wollen sich schmeichelnd melden. Civilvergütungsberechtigte erhalten bei gleicher Fähigkeit den Vorzug.

Posen, den 25. Februar 1875.
Der Magistrat.

Schneidemühl, den 18. Februar 1875

Bekanntmachung.

An der hiesigen dreiklassigen höheren Lehrerschule soll vom 1. April d. J. ab eine Vorbereitungsklasse eingerichtet und eine Lehrerin für dieselbe angestellt werden. Zur Unterstützung des Unternehmens werden wir

1) das Unterrichtszimmer hergeben und dasselbe mit den nötigen Utensilien an Tischen, Bänken, Tafeln, Katheder etc. ausstatten,

2) die Garantie für eine Mindestzahl von 25 Schülerinnen übernehmen, dergestalt, daß die anzunehmende Lehrerin die Einziehung des auf monatlich 3 Mark bewiesenen Schulgeldes selbst zu übernehmen, etwaige Ausfälle daran selbst zu tragen hat, daß ihr aber, wenn die Vorbereitungsklasse von weniger als 25 Schülerinnen besucht wird, das auf die Minderzahl treffende Schulgeld für die Monate, in welchen jene Zahl nicht erreicht, aus Kommandaten entzädigt wird, endlich

3) der Lehrerin ein in der Dachetage des Schulgebäudes belegenes Zimmer, nebst Bodenkammer und Kellerraum als Wohnung überweisen.

Geprüfte Lehrerinnen, welche geneigt sind unter obigen Bedingungen die Vorbereitungsklasse für eigene Rechnung zu übernehmen, wollen sich unter Verlegung ihrer Qualifikations-Zeugnisse binnen 14 Tagen bei uns melden.

Mitteilungen schließlich, daß das Nebenkommunen vorläufig auf ein Jahr abgeschlossen wird.

Der Magistrat.

Großherzogthums Posen.

Dem 3. Februar 1875

betreffend den Anfangstermin der hiesigen Martini-Messe.

Durch allerhöchsten Erlass vom 13. Januar d. J. ist die Festsetzung des Anfangs der Martini-Messe hier selbst

auf den ersten Montag im November, statt, wie bisher, auf den Montag nach Martini genehmigt worden.

Die diesjährige Martini-Messe beginnt demnach Montag den 1. November.

Frankfurt a. O., den 23. Februar 1875.

Der Magistrat.

Stadt Bromberg.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission bedarf werden, wozu Termin

auf Montag, den 8. März c.

Vormittags 10 Uhr

im Train-Depot-Bureau anberaumt wird, wofür die Bedingungen Vormittags von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr eingesehen werden können; auch werden dieselben gegen Einwendung der Kopialgebühren (50 Pfennige) auf Verlangen überwandt.

Offerte auf die Lieferung der Materialien für Herstellung eines Trottoirplasters" zu benennen. Termine an die unterzeichnete Kommission einzureichen.

Posen, den 23. Februar 1875.

Die Material-Verwaltungs-Kommission des Train-Depots

5. Armee-Corps.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Lissa.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bromberg.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Lissa.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin

Montag den 1. November.

Der Magistrat.

Stadt Bojanowo.

Die Königliche Kommission für die Materialien-Verwaltung im Wege der öffentlichen Submission

bedarf werden, wozu Termin



Adler-Linie.

Deutsche Transatlantische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Directe Post-Dampfschiffahrt zwischen

Hamburg und New York

vermittelt der prachtvollen schnellen deutschen Post-Dampfschiffe I. Classe, jedes 3600 Tons u. 3000 Pferdekraft.

Gellert am 4. März

Klopstock am 11. März

Passegepreise: I. Cajute Rmt. 495, II. Cajute Rmt. 300.

Nähre Auskunft ertheilen die Inlands-Agenten der Gesellschaft und die Direction in Hamburg, St. Annen-Platz Nr. 1,

sowie der conc. General-Agent Wilhelm Mahler in Berlin, Invalidenstraße 80.

Briefe und Telegramme adressire man: Adler-Linie - Hamburg.

Drainagen übernimmt unter solider Ausführung und Selbstbeaufsichtigung (nicht durch Schachtmaster) mit eigenen Arbeitern.

O. Heyn,
Modze bei Stenscheno.

Frische Rapsküchen
offert

Manasse Werner.

Holz-Verkauf.

Im Geradz dolnier Walde zwischen Bühl und Groß-Gay werden täglich Kiefern, Buchen, Birken, Eiche, Nuss- und Brennhölzer verkauft.

Holzauction.

Am Donnerstag 4. März c., 10 Uhr Vormittags, wird Klafterholz, Knüppel, Stubben und Strauchhaufen auf Biegeli Glowno verauctionirt.

Dominium Luoyanowo per Kilowatt hat 300 Scheffel gelbe

Saat-Lupinen
zum Verkauf.

Häfer
zu Saat- und Futterzwecken empfiehlt (H. 2263 a.)

Eduard Weinhagen,
Gr. Gerberstraße 33.

Annonce.

Saatgerste, feinstes Qualität, offeriert das Dominium Dembe bei Czarnikau.

Nosen, höchst in 250 neuen Prachtstücken mit starken Kronen von 2-2½ Fuß hoch a 12½ Sgr., von 3-6 Fuß 15 Sgr.

Trauerrosen mit schönen hängenden Kronen, 6-9 Fuß a 1-2 Thlr.

Ephen, kleinbl., sehr buschig, welcher ohne Bedeckung den Winter erträgt, zur Bekleidung von Wänden und Bildungen etc. in Löpfen a 7½ und 12½ Sgr.

Buchsbaum a Schod 10 Sgr. (Mit 1 Schod bepflanzt man bei dicker Pflanzung 10 Fuß.)

Sowie eine große Auswahl Ackersträucher und Coniferen sind zu haben in der Baumschule des Gartens-Ingenieurs

F. Kaul
in Jarocin.

Das Dominium Rogalin (Station Moschin) wird am 9. März 1875, Vormittags 11 Uhr,

10 Stück fette Ochsen, 5 Kühe und 75 Hammel meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Echt
Harzer Kanarienvögel,
St. Andreasberger,

find eingetroffen und stehen dieselben im Gaithof zur Stadt Leipzig, St. Martin Nr. 70, bei Herrn Seelig zum Verkauf.

Lotterie.

Die Erneuerung der Lotterie zur 3. Klasse der Schleswig-Holsteinischen Landesindustrie-Lotterie muss bis zum 28. d. Mts. erfolgen. Preis 1½ Mark. Exped. der Gos. Btg.

Zwei Schod hochstämmige süße Kirschbäume und zwei Schod do. Pfauenbäume sucht das Dominium Nitsche bei Alt-Bojen und werden Offeren erbeten.

Feld-, Gemüse- und Blumenamen
empfehle in frischer und guter Qualität. Preisverzeichnisse sende auf gefällige Abverlangen unentgeltlich und frei.
Posen, Frühjahr 1875.

Albert Krause,

Kunst- und Handelsgärtner, Fischeret Nr. 7.

Maschinenfabrik & Eisengießerei H. Gährich & Co.,
Berlin, Streicherstraße 51/53.

Holzbearbeitungs-Maschinen,

Vertikal-, Voll-, Horizontal- und Walzengatter, Tournier-, Kreis-, Bands-, Decouvrägen, Hobel-, Kehl-, Spund-, Kraiss-, Zapsenschneid- u. Schleif-Maschinen u. neuester Konstruktionen. Dampfmaschinen u. Kessel u. jeder Größe. Ausführung ganzer Schneidemühlen, Ban- und Möbelstischlereien u. Parquetfußboden-Fabriken, Tafelfabriken nach langjährigen Erfahrungen. — Preiscurante gratis.

Breitsägemaschinen,

ein- und zweipferdige,

einpferdige

Kleesägemaschinen,

sowie

Kiefernsamen-

Drillmaschinen,

auch auf der Bremer Ausstellung sämmtlich prämiert, empfiehlt

E. Drewitz,

Eisengießerei und Maschinenbauanstalt,

Thorn.

WEGEBREIT-

Siebe empf. Wunsch, Mylius Hotel.

Wegebrettsiebe,

sowie auch alle anderen Sorten Siebe, Drahtgewebe in allen Arten und kleine Getreide-Reinigungsmühlen empfiehlt

Joh. Karge,

Schleifer- u. Siebmachersm.,

Markt 2, neb. d. Stadtwaage.

Ein Flügel steht billig zu verk.

Bismarckstr. 9, 1 Th. hoch.

Die bleichen Todesgestalten,

die vielen in ihren besten Tagen schon entwirten Riesen, die wir durch das Leben schleichen sehen, die Männer, deren geistige Kraft in der Entwicklung gehemmt, die zaghaft, schüchtern, misstrauisch gegen ihre eigenen Fähigkeiten dahinsiechen, haben oft schon in vielen Büchern vergebliche Trost u. Rath gefucht. Aber diese Bücher dienen nur dazu, die traurige Phantasie noch mehr aufzuregen und das Nebel zu verschlimmern. Das einzige Buch, welches den Opfern heimlicher Jugendtümmlen, Selbstbefleckung und anderer geschlechterlicher Ereignisse mit Recht empfohlen werden kann, ist das berühmte Original-Meisterwerk "der Jugendspiegel", für 2 Mark, Volksausgabe nur 50 Pf., von W. Beenhärdi, Berlin SW., Simeonstraße 2, direkt zu beziehen. Geängstigt durch die Lektüre schlechter Bücher, in welchen die Folgen der Selbstbefleckung mit übertriebenen Farben ausgemalt und völlig entstellt sind, werden sie hier lindernden Balsam für die Wunden ihres Gewüths und Alarung zu männlicher Erhebung finden.

Breitestr. 7
ist ein freundliches Zimmer mit oder ohne Möbel sofort zu vermieten.

Frisch geräucherte Maränen

empfing Jacob Appel,
Wilhelmsstraße 9.

Halbdorfstr. 18a

ist eine Wohnung zu vermieten.

Eine Wohnung für 50 Thlr.

ist vom 1. April zu vermieten.

Jean Lambert.

Sandstr. 2, im 3. Stock 2 Stuben,

Rücke mit Wasser, v. 1. April zu verm.

Sandstr. 8 Umzugshälfte ist zum

1. April eine keine Parterrewohnung zu vermieten.

Hinterwallische Nr. 7 am Damm ist

vom 1. April c. ab eine aus zwei Stu-

ben bestehende Parterre-Wohnung zu

vermieten.

Ein hiesiger größerer Verein

sucht für seine Zwecke umfangreiche

Räumlichkeiten. Näheres sub P. V.

postlagernd Posen.

Ein zweiter unverheiratheter

Wirthschafts-Inspector

wird gesucht auf Dominium

Nieszawa bei Lang-Goslin.

Dominium Witoslaw bei

Alt-Bojen sucht z. 1. April

eine Wirthin, die auch zu-

gleich die herrschaftliche Küche

zu besorgen hat.

Ein unverheiratheter evangelischer

Beamter,

zur Bewirthschaftung eines Gutes in

der Nähe von Posen, unter Leitung des

Prinzipals, wird baldigst gesucht. Gehalt nach Uebereinkommen. Polnische

Sprache nothwendig.

Abresen unter H. S. an die Ex-

pedition dieser Zeitung.

Ein tüchtiger unverheiratheter

Wirthschaftsinspektor,

der poln. Sprache mächtig, findet bei

100 Thlr. Gehalt und Tantente auf

dem Dom. Trebisheim bei Kurnik

Stellung.

Das Dom. Witkowice

bei Bythin sucht zum 1. März oder

1. April d. J. einen unverh. evang.

Gärtner,

der poln. Sprache mächtig, der auch in

der Wirthschaft beschäftigt wird. Ge-

halt 210 RM.

Ein junger Mann, Oberselun-

dauer, kann in meiner Apotheke als

Lehrling eintreten.

Gustav Neumann in Posen.

Ein Fräulein,

welches mit allen Zweigen der Haus-

haltung vertraut ist, wird zum 1. April

als Stütze der Haushaltung gesucht. Wo?

sagt die Expedition dieser Zeitung.

Ein zuverlässiger Diener,

der zugleich reiten kann, wird zum

1. April in einem herrschaftlichen Hause

gesucht. Näheres hier selbst, Linden-

straße Nr. 1b.

Lüttige Knetmeister,

Zuschläger, Schlosser u.

Arbeitsleute

finden sofort Beschäftigung beim

Warthe-Brückenbau im Eichwald.

Zu melden auf der Baustelle bei

Ingenieur Beuchelt.

Ein junger Mann mit Kenntniß d.

Leinenwaren-Branche und polnischen

Sprache wird gesucht. Fr. Off. sub

R. Z. 420 postlagerd erbeten.

Ein feines Haussmädchen, wohl er-

fahren in Wäsche und im Weißnähen,

wird zum 1. April gesucht Berliner-

Strasse Nr. 21, 1 Trepp.

Fran v. d. Lancken.

Für mein Destillations-

Geschäft suche zum sofortigen

Antritt einen

Ehrling

beider Landssprachen mächtig.

H. Hirschberg.

Gnesen.

Für mein Destillations-